

Pressemitteilung

Bürgerprotest gegen die überhöhten Ausbaurkosten ist verständlich

Wer 70 bis 75 Prozent der Ausbaurkosten einer Straße zahlen soll, hat einen Anspruch darauf, rechtzeitig und umfassend in die Planungen einbezogen zu werden. „Wir halten den Bürgerprotest der Anlieger in der Mühlenstraße, Alemannenstraße und Kleiner Bangert für absolut verständlich“, sagen Wilhelm Zimmerlin, Gerd Cremer und Reinhard Nühlen vom Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik e.V. (BüFEP). Auf keinen Fall können die immensen Mehrkosten für die Beseitigung von Kontaminationen den Bürgern angelastet werden. Sie sind dafür nicht verantwortlich. Da ist zuerst der Verursacher zu ermitteln und heranzuziehen. „Darüber hinaus muss die soziale und finanzielle Verträglichkeit für die Anwohner gewährleistet sein. Und eine Planung über die Köpfe hinweg ist eigentlich schon lange out“, meinen die BüFEP-Vertreter. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass sich Mitbürger wegen einer von ihnen nicht erwünschten Straßenbaumaßnahme verschulden oder ihre Ersparnisse aufzehren müssen. „Die Zahlungsaufforderungen müssen von der Stadt zurückgezogen werden, um den Weg für eine bürgerfreundlichere Lösung zu eröffnen“, fordert die BüFEP.